

ZEITSCHRIFTEN-SPIEGEL

Große Widerstände gegen kleine Schritte

Unter dieser Überschrift veröffentlichte Dr. August E. Hohler in der unter seiner Chefredaktion erscheinenden Wochenendausgabe des Zürcher *Tages-Anzeiger* (TA 7, 7. März 1964) einen Aufsatz, den wir in seinen wesentlichen Teilen hier wiedergeben möchten:

„Wer ‚alles oder nichts‘ will; wer nach dem Unerreichbaren greift und das Erreichbare verachtet, der hätschelt entweder eitle Illusionen, oder er macht sich totalitärer und damit inhumaner Gesinnung verdächtig. Auf die Weltpolitik angewendet, kann das nur bedeuten, daß jene, welche ‚große Lösungen‘ fordern und ‚kleine Schritte‘ ablehnen, zwar lautstark vom Frieden reden mögen, aber in Wirklichkeit mit ihrem übersetzten Anspruch diesem Frieden keineswegs dienen. Denn ‚Generalvereinigung‘ etwa im Ost-West-Konflikt würde die Kapitulation der einen oder der andern Seite voraussetzen; und dergleichen zu erwarten ist gänzlich unrealistisch.

So bleibt, da der Krieg als ‚Fortsetzung der Politik‘ nicht mehr in Betracht kommen darf, nur das langwierige und beharrliche Streben nach allmählicher Entspannung, nach bescheidenen Übereinkünften, die günstigenfalls den Weg für umfassendere Lösungen freilegen. Männer wie *Johannes XXIII.* und *Kennedy* haben das erkannt; sie, die der Welt heute bitter fehlen, sahen nicht nur die gefährlichen Gegensätze zwischen feindlichen Lagern, sondern auch die aufkeimenden Gemeinsamkeiten, die vitalen Interessen aller Menschen. Auf dieser Einsicht beruhte die ‚Friedensstrategie‘ des verstorbenen amerikanischen Präsidenten, welche Stärke mit möglichster Beweglichkeit zu verbinden trachtete.

Johnson hat wiederholt erklärt — und an seiner Aufrichtigkeit ist nicht zu zweifeln —, daß er die Linie des ermordeten Vorgängers weiterführen wolle. Aber *Johnson* (was eine

Feststellung und kein Vorwurf sein soll) ist nicht *Kennedy*; das zeigt sich immer deutlicher. Zwar, in der Innenpolitik kommt der neue US-Präsident dank Erfahrung, Jovialität und taktischem Geschick zu Erfolgen; in der Außenpolitik jedoch reicht raffinierte Taktik offenkundig nicht aus, und von klaren, schlüssigen Konzeptionen wissen die Beobachter in Washington einstweilen wenig zu berichten.

Natürlich leidet *Johnson* unter dem Handicap, kein gewählter Präsident zu sein; er muß das ‚Votum des Volkes‘ erst noch erlangen. Und um seiner Wahlchancen willen, so scheint es, läuft er Gefahr, mehr Konzessionen zu machen, als ihm eigentlich recht und der Welt dienlich ist — Konzessionen nämlich an jene reaktionären Kreise, die sich (etwa im Falle Kubas oder Vietnams und in der Ost-West-Auseinandersetzung überhaupt) von einer aggressiven Politik mehr versprechen als von einer Friedensstrategie, die auf kleine, aber konstruktive Resultate hinzielt. (Paradox genug, daß dem Druck auf *Johnson* in gewissem Sinn ein Druck auf *Chruschtschow* zu entsprechen scheint: es tönt recht anders, wenn der Kreml-Chef redet, als wenn *Marschall Malinowski* das Wort ergreift ...)

Da also *Johnsons* bisherige außenpolitische Aktionen eher Ungewißheit und Unsicherheit verbreiten, ist man dankbar für jede Auskunft, die den Kurs Washingtons wieder genauer umschreibt. Eine solche Präzisierung dürfte jener sehr grundsätzliche Vortrag gewesen sein, den der amerikanische Botschafter in der Bundesrepublik, *George C. McGhee*, kürzlich in Bad Godesberg über ‚Die Ost-West-Beziehungen heute‘ gehalten hat. Der Botschafter machte deutlich, daß er ‚die geduldige Suche nach möglichen Gebieten der Übereinstimmung, und seien sie auch noch so klein‘ für die einzig sinnvolle Politik hält, und er bezeichnete sie ausdrücklich als die Politik seines Landes, der USA.

McGhee war durchaus frei von einer vertrauensseligen Koexistenz-Euphorie; seine sehr kräftige Ausdrucksweise blieb (leider) vielmehr dem Denken in Freund-Feind-Katego-

rien verhaftet. Gleichwohl wies er mehrmals darauf hin, daß es, wenn auch vorderhand in begrenztem Rahmen, gemeinsame Interessen' der Sowjetunion und des Westens gebe — und daß man deshalb alles unternehmen müsse, um solche Gemeinsamkeiten sukzessive auszubauen.

Der US-Botschafter plädierte also für die ‚kleinen Schritte‘ und widerlegte das Argument der ‚AUs-oder-Nichts-Philosophen‘, wonach zuerst die ostwestlichen Zentralprobleme gelöst werden müßten, ehe man beschränkte Übereinkünfte treffen könne. . .

Es ist kaum zweifelhaft, daß der Vortrag McGhees als Lektion für halsstarrige Bonner Politiker gedacht war, die das Mögliche verwerfen, weil sie das Unmögliche fordern. Einstweilen freilich blieb die Lektion ohne Wirkung, wie die ablehnende Haltung besonders der CDU in der Berliner Passierschemfrage gezeigt hat.

Es läßt sich kaum ein schärferer Kontrast denken als der zwischen den Ausführungen des US-Botschafters und denen des Berliner CDU-Chefs *Amrehn*, der an vorderster Front eine neue Passierscheinregelung für Ostern vereiteln half. *Amrehn* sagte dieser Tage: ‚Im gleichen Maß, in dem versucht wird, durch kleine Regelungen erträgliche Verhältnisse in Berlin zu scharren, geht der Wille verloren, sich für die Lösung der großen Fragen der deutschen Politik noch kräftig einzusetzen.‘ Das ist, so meinen wir, eine absurde und letztlich unmenschliche Argumentation: die Lage in Berlin muß offenbar ‚unerträglich‘ sein, damit genügend Energien für (utopische) Gesamtlösungen übrigbleiben.

Die Widerstände gegen bescheidene Schritte sind groß — in Westdeutschland, in Amerika und auch anderswo. Anlaß zu Optimismus besteht gegenwärtig kaum. Dennoch muß man hoffen, es werde sich die Erkenntnis ausbreiten, daß (wie McGhee sich ausdrückte) ‚eine Politik unterlassener Entspannungsversuche zwangsläufig die Möglichkeit verbaut, das Endziel der vollständigen Entspannung zu erreichen.‘

In ähnlichem Sinne bezeichnen die *Nürnberg Nachrichten* (7./8. März 1964) den Abbruch der Passierscheinverhandlungen als ‚Sieg der Starrheit‘; wir geben hier die Schlußsätze des betreffenden Artikels wieder:

„Hat nun aber die vorübergehende Anwesenheit von einigen hundert ostzonalen Postbeamten auf Westberliner Boden zu Entgegennahme und Überprüfung der Passierscheinanträge auch nur das mindeste an dem Verhältnis oder vielmehr Nicht-Verhältnis zwischen den beiden Teilen der Stadt geändert? Gewiß, die sowjetzonale Propaganda hat nachträglich diese Postbeamten zu einer Art konsularischem Hilfspersonal aufzuwerten versucht. Die Sowjetzone hat außerdem auch die

Bezeichnung von der ‚Hauptstadt der DDR‘ in das damalige Abkommen zu schmuggeln verstanden. Das war ein Schönheitsfehler gewesen, der sich sicher bei einer neuen Regelung für den Oster- oder Pfingstverkehr hätte beseitigen lassen.

Demgegenüber sollte aber nicht übersehen werden, daß auch die Ostberliner Seite mit der Zulassung eines Besucherstromes, der an Weihnachten über 1,2 Millionen hinausging, ein Risiko eingeht. Die Westberliner brauchen bei ihren Verwandten in Ostberlin gar nicht erst politische Propaganda zu machen, allein ihre äußere Ausstaffierung zeugt schon dafür, ein wie starkes Gefälle im Lebensstandard noch zwischen den beiden Teilen Deutschlands besteht. Auch darf man in diesem Zusammenhang an den Umstand erinnern, daß seit Jahren unbeanstandet im Interzonenhandel Kontakte zwischen West- und Ostberliner Stellen bestehen und daß sich nicht weniger als 4000 Zonen-Eisenbahnbeamte ständig auf Westberliner Boden bewegen. Eine Wiederholung der für Weihnachten vereinbart gewesenen Passierscheinregelung wäre deshalb, von allen menschlichen Gründen abgesehen, wohl vertretbar gewesen. Bundeskanzler *Erhard* will sie trotzdem aus legalistischen Gründen nicht wiederholen. Mit Recht hat daher der *Regierende Bürgermeister* von Berlin die Frage gestellt, wie sich Bonn die mit Worten schon so oft verheißene Erleichterung in der Situation der Sowjetzonenbewohner denn nun eigentlich denkt.“

Bonns falscher Kurs im Osthandel

So ist im *Volkswirt* (Nr. 9, 28. 2. 1964) ein Leitartikel von *Walter Trautmann* überschrieben, der mit folgenden Sätzen beginnt:

„Mit einer unbegreiflichen Gleichgültigkeit sieht die deutsche Handelspolitik der Richtungsänderung der Warenströme im West-Ost-Handel zu, die sich gegenwärtig anbahnt. Der Außenhandel der Bundesrepublik mit dem Ostblock ist im Rückgang begriffen. Allen pessimistischen Voraussagen zum Trotz hatte er bis 1962 einen bemerkenswerten Aufschwung genommen, seine Zuwachsraten hatten teilweise das durchschnittliche Wachstum des gesamten Außenhandels übertreffen. Im vergangenen Jahre sind dagegen die Umsätze im Warenaustausch mit den kommunistischen Ländern in Europa und Asien erstmalig in bemerkenswertem Umfang, nämlich um 7,8 vH, gesunken. Während sich die Importe aus östlichen Herstellungsländern mit 2,15 Milliarden DM gerade noch halten konnten, haben die deutschen Exporte in die Verbrauchsländer der kommunistischen Sphäre um 15,4 vH auf 1,81 Milliarden DM abgenommen. Diese Entwicklung ist ausgerechnet in jenem Jahr eingetreten, in dem die Bemü-

hungen um einen Austausch von amtlichen Handelsmissionen eine flexiblere Osthandelspolitik anzukündigen schienen.“

Trautmann stellt dann fest, daß „die Bundesregierung sich bisher ohne Rücksicht auf ihre geographische Lage, ihre traditionelle Stellung im Osthandel und ihre spezielle politische Interessenlage zu dem harten Kurs . . . der USA bekannt hat, während die Engländer sich an die Spitze der eine Liberalisierung fordernden Osthändler gesetzt haben. Bonn hat dabei übersehen, daß auch die Amerikaner durchaus bereit waren, ihre strengen Grundsätze preiszugeben, als hohe Weizenverkäufe an die Sowjetunion eine Verbesserung ihrer Zahlungsbilanz versprochen, und daß die deutsche Haltung nicht ohne Einfluß auf die Gestaltung der Wirtschaftsbeziehungen zur Sowjetunion bleiben würde . . . Die Bundesrepublik ist zurückhaltender, als selbst die Amerikaner von ihr verlangen, denn sie nutzt im Osthandel nicht einmal den von ihnen gebilligten Spielraum einer staatlichen Exportkreditversicherung bis zu fünf Jahren . . . Die deutsche Ostpolitik ist zwiespältig, auf der einen Seite verspricht sie mit Handelsmissionen Brücken zu schlagen, auf der anderen Seite läßt sie aus dem Munde der politischen Spitze eine Geringschätzung des wirtschaftlichen und politischen Faktors Osthandel erkennen. Die Haltung in der Kreditfrage ist starr und die Chinapolitik steril. Alles dies hat die deutsche Position angeschlagen. . . Läßt die Bundesregierung ihre Ausschaltung aus dem Ostgeschäft zu, dann wird sie eines Tages als der letzte kalte Krieger dastehen . . .“

Warum Auschwitz-Prozeß?

Auf diese immer wieder gestellte Frage antwortet Generalstaatsanwalt Dr. Fritz Bauer in der Monatszeitschrift *Konkret* (März 1964) in einem Aufsatz, dem wir die folgenden Kernsätze entnehmen:

„Man wirft den Staatsanwälten vor, sie beschmutzten das nationale Nest. Sie säubern es. Man stempelt sie zu den ‚Kamelen, die das Gras fräßen, das mittlerweile gewachsen sei‘. Es ist nur dort gewachsen, wo alles vergessen und verdrängt und nichts gelernt wurde.“

Das deutsche Recht läßt einer Staatsanwaltschaft, die auf dem Posten ist, auch gar keine Wahl; sie muß anklagen, wenn der hinreichende Verdacht einer strafbaren Handlung besteht. Daß 20 Jahre seit den Untaten verstrichen sind, braucht kein Nachteil zu sein. Lehren können auch heute noch gezogen werden, sie sind heute nicht minder aktuell als nach dem Zusammenbruch des nazistischen Unrechtsstaates.

Die Menschheit ist einige Jahrtausende alt; vor ihr liegen, wenn wir uns nicht in die Luft

sprengen, noch Millionen von Generationen. Die Prozesse sollen ein Meilenstein auf diesem Wege sein.

Der Lehren gibt es genug. Die Zeiten müssen vorbei sein, in denen eine Religion, eine Weltanschauung, eine Nation, eine Rasse glaubte, den Stein der Weisen zu besitzen, und vermessen genug war, ‚die andern‘ für Feinde zu halten und notfalls auszurotten. Die Fülle der Glaubensvorstellungen und Überzeugungen, die Fülle der Kulturen, Nationen und Individuen muß anerkannt werden, weil sie alle ohne Ausnahme — nach *Ranke* — ‚Gedanken Gottes‘ sind, und niemand befugt ist, uns in Über- und Untermenschen einzuteilen.

Blinder Gehorsam und bequeme, oft mit unanständigen Vorteilen verknüpfte Anpassung an Unrecht muß endgültig verbannt sein. Es muß eine Grenze für die Staatsmacht geben, die weder ein Beamter und Soldat noch sonst jemand ungestraft überschreiten darf. Es gibt auch eine Tugend des Ungehorsams. Ungehorsam, heißt es im Deutschen Soldatengesetz, liegt nicht vor, wenn ein Befehl nicht befolgt wird, der die Menschenwürde verletzt, sei es die eigene oder die eines anderen.

Die Prozesse sind als das Bekenntnis einer neuen Generation — zumal in einer Zeit, da wir mit der Bombe leben müssen — zu Wert und Würde eines jeden Menschen gedacht.“

W.F.